

Bezugspreis:
Bezugsfrist 150.— M., monatl. 50.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 50.— M., einjähr. 500.—
M., einjähr. 500.— M., einjähr. 500.— M.
Postbezug: Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, Danzig u. Memel-
gebiet, sowie Österreich u. Luxemburg
84.— M., für das übrige Ausland
102.— M. Postbestellungen nehmen
an Belgien, Dänemark, England, Sch-
land, Finnland, Frankreich, Holland,
Dänemark, Luxemburg, Österreich,
Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei
und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Sonnwelt“ und der
Beilage „Erziehung und Kultur“
erscheint wöchentlich zweimal, Sonnt-
ags und Montags einmal.

Telegraphisch-Verleger:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einseitige Reklameweile
kostet 16.— M. — Reklameweile 60.— M.
„Kleinanzeigen“ das fertige
Wort 4.— M. (zweimalig zwei fertige
Wörter), jedes weitere Wort
2.— M. Stellungs- und Schil-
telanzeigen das erste Wort 2.50 M.,
jedes weitere Wort 2.— M. Worte
über 15 Buchstaben zahlen für zwei
Wörter. Familien-Anzeigen für Vor-
namen Seite 8.— M.

Anzeigen für die nächste Num-
mern müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags in
Hauptgeschäfts, Berlin SW 68, Linden-
straße 8, abgegeben werden. Gebühren
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Sonnabend, den 10. Juni 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Vertagung des Morgan-Komitees. Bedingungen für eine große Anleihe.

Paris, 10. Juni. (Agence Havas.) Der inter-
nationale Anleiheauschuss hat gestern nachmittag
zusammen und kam zu der Schlussfolgerung, daß unter den
gegenwärtigen Verhältnissen kein Beschluß über die Aus-
gabe einer internationalen Anleihe gefaßt werden
könne, durch die ein Teil der von Deutschland zu zahlenden
Reparationszahlungen gedeckt werden sollte. Infolgedessen
beschloß der Ausschuss, sich auf drei Monate zu ver-
tagen und dann die Besprechung dieser Frage wieder auf-
zunehmen.

Die Forderungen des Morgan-Komitees.

London, 10. Juni. (W.T.B.) Unter der Überschrift „Kleine
Anleihe für Deutschland“, „Der Bankiersplan von Frankreich ver-
worfen“, schreibt „Daily Express“, die Bankiers hätten als wesent-
lich für eine Anleihe folgende Bedingungen vorgeschlagen:

1. Herabsetzung der deutschen Gesamtrepara-
tionen um die Hälfte.
2. Die Unterzeichner der Anleihe erhalten Vorzugs-
rechte vor allen anderen Gläubigern in bezug auf Zölle
oder alle anderen verfügbaren deutschen Sicherheiten.
3. Deutschland erhält die Hälfte der Anleihe.
4. Deutschland ist nicht verpflichtet, irgendeinen Teil der
Reparationen während einer Zeit von drei Jahren zu
zahlen, und wird seine eigenen Finanzangelegenheiten einschließlich
der Steuerfragen selbst kontrollieren.

Drei der Mitglieder des Bankiersausschusses seien endgültig für
diesen Plan gewesen. Das belgische Mitglied habe den Vor-
schlag jedoch mit einem gewissen Zögern unterstützt.
Belgien fürchte, daß, wenn es sich endgültig gegen Frankreich stelle,
indem es eine Abänderung der Finanzbestimmungen des Versailler
Vertrages unterstülze, Frankreich Vergeltung üben könne, indem es
Belgien im neuen Zahlungsplan des Vorzugsrechts in bezug auf die
Bezahlung der Reparationen, die Belgien augenblicklich beziehe,
beraube.

„Daily Express“ weist darauf hin, daß die Vorschläge der Ban-
kiers die gesamten Finanzbestimmungen des Ver-
sailler Vertrages abschaffen. Frankreich fordere
als Preis für seine Zustimmung zu den Vorschlägen der Bankiers:
1. Streichung sämtlicher Kriegsschulden, die Frank-
reich an die Vereinigten Staaten und Großbritanien schulde und
2. Streichung aller britischen Forderungen auf einen Anteil an den
herabgesetzten Reparationen. Unter diesen Bedingungen würde
Frankreich eine Herabsetzung der deutschen Entschädigung um die
Hälfte zustimmen, wenn nicht einem dreijährigen Moratorium.
Die Forderungen Frankreichs bedeuteten unmögliche Opfer
auf Seiten Amerikas und Großbritanniens. Die
öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten sei jeder festimen-
talen Erwägung in bezug auf die den Vereinigten Staaten ge-
schuldeten Summen entschieden abgeneigt.

Sowohl Großbritanien in Betracht komme, sei der Vorschlag,
daß es keinen Anteil an den deutschen Reparationen erhalten solle,
undenkbar. Frankreich habe dadurch, daß es sich die Kohlen-
bergwerke des Saargebietes gesichert habe, bereits einen
weit größeren Preis erhalten als alle die angeblichen Vorteile, die
Großbritanien aus dem Krieg erzielt habe.

Der Eindruck in England.

London, 10. Juni. (W.T.B.) Zu dem aus Paris gemeldeten
Beschluss des Bankiersausschusses, sich für drei Monate zu vertagen,
nehmen bisher nur wenige Blätter Stellung. „Daily News“ be-
zeichnen diesen Beschluss als ein ernstes Ereignis. Tatsache
sei, daß sich der Widerspruch Frankreichs gegen alle Vor-
schläge, die eine Abänderung der Reparationsgesamtsomme bedeu-
ten könnten, als ein verhängnisvolles Hindernis er-
wiesen habe. Es sei jedoch bezweifelnd, daß sich der Bankiersausschuss
nur für drei Monate und nicht für unbestimmte Zeit vertagt habe.
Dies bedeute, daß Frankreich eine letzte Möglichkeit ge-
geben worden sei, seinen Standpunkt zu überlegen und daß andere
Mächte möglicherweise in den Stand gesetzt werden, zu beschließen,
wie die Lage durch einen die interalliierten Schulden
betreffenden Vorschlag erleichtert werden könne. In Frankreich habe
in den letzten Wochen die Stimmung zugunsten einer Anleihe merk-
lich zugenommen und der Beschluss der Bankiers werde wahrschein-
lich als eine schwere Enttäuschung empfunden. Inzwischen werde
die Lage in bezug auf Deutschland unmittelbar beunruhigend. Deutsch-
land habe die Annahme der Forderungen der Reparationskommission
von einer Deutschland zugute kommenden Anleihe abhängig gemacht.
Jetzt, wo die unmittelbare Aussicht auf diese Hilfe geschwunden sei,
sei ein deutsches Verfallens wahrnehmbar, obgleich die deutsche Re-
gierung es offensichtlich möglich machen werde, in der Zeit bis zur
Wiederaufnahme der Erörterungen weitere Zahlungen zu leisten.

Kleine Anleihe oder Handelskredite?

Paris, 10. Juni. (W.T.B.) Nach dem „Journal“ ist die
gestrige Entscheidung des Morgan-Ausschusses im wesentlichen auf
einen Gedankenaustausch zurückzuführen, der vorgestern

zwischen der belgischen und der französischen Re-
gierung stattgefunden hat, auf Grund dessen Delacroix gestern
die ausdrückliche Erklärung abgegeben habe, daß er niemals daran
gedacht habe, die Frage der internationalen Anleihe von einer
Herabsetzung des französischen Guthabens abhängig zu machen. Das
Komitee habe dementsprechend die Möglichkeit einer Anleihe
von begrenzter Höhe erörtert. Es habe anerkannt, daß die
auf diese Weise Deutschland zur Verfügung gestellten Mittel in erster
Linie dazu dienen könnten, die Mark zu stabilisieren und
auf diese Weise vor allem die Kapitalflucht ins Ausland zu ver-
hindern. So könnte man vielleicht zu einem Zeitpunkt gelangen,
in dem Deutschland wirtschaftlich stärker, imstande wäre, seine Ver-
pflichtungen allein zu erfüllen. Die Gefahr dabei sei, daß zu nächst
Frankreich nichts erhalte, weil die belgische Priorität die
zur Verfügung stehenden Summen fast völlig in Anspruch nehmen
würde. Ferner stelle die deutsche Handelsbilanz noch keinen aus-
reichend hohen Überchuß dar, als daß daraus die Zinsen einer
Anleihe bezahlt werden könnten, ohne daß zu neuer Inflation Zu-
sicht genommen werden müßte. Schließlich würde eine kurzfristige
Anleihe ohne Gefahr nur dann zu erlangen sein, wenn ihr mit
Sicherheit binnen kurzen eine langfristige folge. Andernfalls wäre
es ausgeschlossen, daß Deutschland zugleich die Anleihezinsen und
Reparationen zahlen könne. Unter diesen Umständen habe der fran-
zösische Vertreter im Anleiheauschuss, Sergent, geäußert, daß die
Operation vielleicht mehr Gefahr als Vorteile mit sich
brächte, und daß sie besser durch eine Kombination von
Handelskrediten ersetzt werde, die den deutschen Staats-
angehörigen gewährt würden und die die Entwicklung des Ausfuhr-
handels begünstigten.

Frankreich und die deutschen Goldrubel.

Paris, 10. Juni. (Havas.) Senator Gaudin Villain richtete an
den Finanzminister eine schriftliche Anfrage wegen der 400 Mil-
lionen Goldrubel, die von den Russen an Deutschland
auf Grund des Vertrages von Brest-Litowsk gezahlt worden
seien, und wünscht zu wissen, was aus diesem Betrage geworden sei.
„Besitzt die Bank von Frankreich immer noch diesen Betrag? Wäre
es nicht angebracht, diese Summe als eine Teilzahlung der
Zinsen zu verwenden, die den französischen Besitzern russischer
Anleihen geschuldet werden?“

Kemalistenoffensive?

Konstantinopel, 10. Juni. (E.P.) Nach einer Meldung aus
Konstantinopel haben die Kemalisten eine große Offensive
ergriffen. In den griechischen Kreisen Konstantinopels hat man
allerdings keine Bestätigung dieser Meldung aus Athen erhalten
können. Nach den letzten Meldungen aus Angora hat die kemalistische
Regierung eine Proklamation veröffentlicht, worin sie erklärt,
daß Anatolien den Vertrag von Rapallo nicht unterzeichnet
werde, und daß Anatolien künftig vollkommen unabhängig
sein werde und die Autorität des Sultans in Konstantinopel nicht
mehr anerkenne.

Völkerbundarbeit.

Genf, 9. Juni. (W.T.B.) Das Finanzkomitee des
Völkerbundes beschloß in seiner heutigen Sitzung, in der Frage
der Doppelbesteuerung, die ihm von der Genuefer Konferenz
überwiesen worden war, einen Bericht der Sachverständigen bis zum
1. August einzufordern. Was die ebenfalls von der Genuefer Konferenz
dem Völkerbund überwiesene Frage der Steuerflucht und der
internationalen Lösung der Währungsfragen anbelangt, wird
der Völkerbundrat eine Umfrage bei den verschiedenen Regierungen
veranstalten. Zum finanziellen Wiederaufbau Öster-
reichs stellt das Finanzkomitee fest, daß die endgültige Regelung
von der Aufhebung der Reparationshypothek ab-
hängt und insofern vor die Reparationskommission gehört.

Gleichzeitig mit dem Finanzkomitee tagte das Wirtschafts-
komitee des Völkerbundes, das u. a. ein Unterkomitee bildete,
welches die Fragen der freiwilligen Schiedsklauseln in Handels-
kontrakten zwischen Angehörigen verschiedener Staaten prüfen wird,
und in das auch ein deutsches Mitglied berufen werden soll. Auch
die von der Wirtschaftskommission der Genuefer Konferenz ange-
nommenen Schlussfolgerungen über Zolltarife und die Behandlung
handeltreibender Ausländer wurde einem Unterkomitee überwiesen.
Die Beschlüsse der Konferenz von Genua über die Veröffent-
lichung der Zolltarife wurden gebilligt. Schließlich nahm
das Komitee davon Kenntnis, daß laut Artikel 13 des Berichts der
Wirtschaftskommission der Genuefer Konferenz alle Regierungen auf-
gefordert werden, den Völkerbund gleichzeitig von allen Abände-
rungen ihrer Handelsstarife und der Bestimmungen über Verbote von
Beschränkungen der Ein- und Ausfuhr Kenntnis zu geben. Ein drei-
gliedriger Unterausschuss wird gemeinsam mit dem Internationalen
Brüsseler Bureau die praktische Durchführung dieses Beschlusses
prüfen.

Kapitalistische Verkehrspolitik.

Von Kurt Burbs-Bochum.

Die internationalen Anleiheverhandlungen und die Be-
handlung des Reparationsproblems lassen die Auffassung nicht
unbegründet erscheinen, daß es mit der Scheinonjunktur der
deutschen Wirtschaft zu Ende geht. Mit einer Stabilisierung
der Währung und reiflosen Anpassung der Inlands- an
die Weltmarktpreise müssen jene wirtschaftlichen Gesetze wieder
wirksam werden, die das Valutadumping aufhob. Damit aber
wird auch für uns die Frage der Arbeitslosigkeit und Massen-
bankrotte akut, die bei Betrachtungen der Inflationswirtschaft
eine nur untergeordnete Rolle spielen. Eine Erschwerung
wird die kommende Krise noch in der Tatsache finden, daß der
heutige technische Stand der deutschen Industrie ein unterdurch-
schnittliches ist und erst in der letzten Zeit Maßnahmen ge-
troffen worden sind, die dieses Manko bis zu einem gewissen
Grade auszugleichen vermögen.

Insbesondere ist die Schwerindustrie nicht mäßig
geblieben. In ihren Kreisen wird mit dem Rohen der Krise
als etwas Unabänderlichem gerechnet und deshalb fieberhaft
an der Sicherung der ergrungenen Position gearbeitet. Die
fortschreitende Vertikalisation — die besonders augenfällig ist
im rheinisch-westfälischen Industriegebiet — ein ganzes
System von Interessengemeinschaften und mannigfaltigster Ver-
schlingungen wirtschaftlicher Interessenbeziehungen der großen
Konzerne untereinander, werden das organisierte Finanz-
kapital die Stürme leichter überdauern lassen als jene Un-
zahl von Unternehmen, die ihren Bestand lediglich dem
Valutadumping verdanken. Deren Zusammenbruch wird
schon heute als gegebene Tatsache betrachtet, wie u. a. eine
Bemerkung der „Bergwerkszeitung“ zeigt, die in ihrer
Nummer vom 31. Mai über „Die kommenden Dinge“ schrieb:

„Die schwachen Elemente würden dem Sturm kaum
überleben. Bankrotte wären wohl an der Tagesordnung. Aber es
könnte nicht schaden, wenn eine Auslese der starken, lei-
stungsfähigen, fest in sich begründeten, mit einem Worte
gesunden Unternehmen stattfände. ... Vor allem die in der
Treibhausluft der Inflationsonjunktur in und nach dem Kriege
großgewordenen Gebilde verdienen nicht zu leben, weil
sie die Kraft dazu nicht haben.“

Um die „Befundung“ der „fest in sich begründeten“, also
der konzernierten Unternehmen der rheinisch-westfälischen
Industrie bis zum Ende durchzuführen, wird die Roh-
stoffbasis der Kohzerne planmäßig ausgebaut und auch
die technische Veredelung der Fertigungsunternehmen be-
schleunigt fortgeführt. Eine ganze Reihe neuer Kohlendächte
und Kokerien, Walz- und Stahlwerke usw. sind im Entstehen
begriffen, während die technischen Vorteile der im stürmischen
Tempo fortgeschrittenen vertikalen und horizontalen Ver-
trufung durch eine planmäßige Betriebspolitik der Hebung
der Profitrate dienstbar gemacht werden. Die Konzerne von
Stinnes, Rißner, Thyssen, Henschel, Krupp u. a. m. sind sämt-
lich sowohl an Neubauten als auch an der Vergrößerung und
der Veredelung ihrer ihnen angeschlossenen Werke be-
schäftigt. So findet mehr und mehr die schwerindustrielle
Wirtschaftspolitik ihr Schwergewicht im rheinisch-westfälischen
Industriegebiet, dessen Interessen maßgeblich werden für alle
Versuche, die innere und äußere Wirtschaftspolitik
des Reichs zu beeinflussen. In den Schätzen der Erde, in
dem Besitz von Kohle und Eisen ruhen die Stützpunkte der
Wachstumspolitik des konzernierten Kapitals.

Wenn etwas zu dem verstrickten Gesamtgebilde noch
fehlt, so ist es die unumschränkte Verfügungsgewalt über die
Verkehrsmittel. Es liegt durchaus im Wesen des ver-
tikalen Riesentrakts, sich gegen die Beherrschung von Bahnen
und Wasserstraßen durch Reich, Staat oder Kommune zu
wehren. Und daher ist es absolut nicht verwunderlich, wenn
seit der verunglückten Reise des Hugo Stinnes nach London
die Entstaatlichung der Reichsbahnen aus der öffentlichen Dis-
tension nicht mehr verschwindet. Sie wird und muß im
Gegenteil ihren Höhepunkt erreichen und zur Entscheidung ge-
bracht werden, sobald die Wirtschaftskrise einsetzt, d. h. also
sobald eine Auslandsanleihe zur Stabilisierung und Erhöhung
der deutschen Valuta geführt hat. Schon jetzt werden Gerüchte
laut, die von der Absicht sprechen, die Reichsbahnen zum Ob-
jekt der erhofften Auslandsanleihe machen.

Ob jedoch die Auslandsanleihe mit den Reichsbahnen in
sachlichen Zusammenhang gebracht wird oder nicht: die Er-
höhungen der Gütertarife werden vorläufig als
noch nicht abgeschlossen gelten können. Mit ihrer Anpassung
an den Tiefstand der Valuta und die Höhe der Materialpreise
aber wird der zweite Teil der Verkehrsmittel, die Wasser-
straßen, erhöhte Bedeutung erlangen. Augenblicklich ist be-
sonders für kürzere Strecken der Bahnverkehr billiger als der
zu Wasser. Erhöhen sich jedoch, was bestimmt zu erwarten
steht, die Tarife für den Bahnverkehr weiter, so ist ganz
zweifellos eine stärkere Benutzung des Wasserweges zu er-
warten. Denn unter den jetzigen Umständen weisen in fast
allen Rheinhäfen die Verkehrsziffern eine sinkende Ten-
denz auf; sie würde wahrscheinlich noch augenfälliger her-
vortreten, wenn nicht der Wagenmangel der Reichsbahn in
dieser Hinsicht vorbeugend gewirkt hätte. Wenn trotzdem

Düsseldorf, Bernath, Neuf, Köln und Duisburg dazu übergehen, ihre Hafenanlagen wesentlich zu erweitern, so wohl in Erwartung der Dinge, die sich nach der endgültigen Gestaltung des Eisenbahntarifs ereignen werden.

Es ist selbstverständlich, daß die großen Konzerne auch den Industriefächern der Rheinfront ihre Aufmerksamkeit schenken. Zu schwerindustrieller Verkehrspolitik gehört eben nicht nur das Streben nach dem Besitz der Eisenbahn, sondern auch nach dem der Häfen. Bekannt sind die Verhältnisse in Duisburg-Ruhrort, die an dieser Stelle der verstorbenen Genosse H u e einer eingehenden Kritik unterzogen. Noch drastischer aber wirken die Vorgänge, die sich augenblicklich in W a n n e abspielen, wo es sich um den dort gelegenen, in Kommunalbesitz befindlichen Kohlenumschlagshafen des Rhein-Herne-Kanals dreht. Der Hafen wurde von den Inhabergemeinden, dem Landkreis Gelsenkirchen und den Städten Wanne und Herne 1915 dem Verkehr übergeben. Bis 1920 kostete er erhebliche Zuschüsse, die erst von jener Zeit ab sich in ebenso erhebliche Ueberschüsse umwandeln. Inzwischen aber hat sich der Hafenbetrieb als viel zu klein erwiesen, um den Bedürfnissen der um ihn gelegenen Zechen gerecht zu werden, die ein mehrfaches des bisher wöchentlich rund 35 000 Tonnen betragenden Kohlenumschlags ausmachen. Es sind daher größere Erweiterungsarbeiten erwogen worden, nur scheint man sich in der Frage nicht einigen zu können, wer den Ausbau vornehmen soll. In konsequenter Fortsetzung ihrer Verkehrspolitik fordern die zu den Konzernen Stinnes, Buderus, Krupp und Loehringen gehörenden Zechen die Umwandlung des kommunalen Unternehmens in ein solches der Privatindustrie, wobei sie merkwürdigerweise die lebhafteste Unterstützung des Hafendirektors Wehrspan finden, eines allerdings recht aktiven Volksparteilers! Nach dessen Berechnungen würden zunächst 65 Millionen Mark erforderlich sein, um die dringendsten Mängel zu beseitigen, und die sich erhöhen würden auf 250 Millionen, wenn alle in Betracht gezogenen Schäden dem Hafen angeschlossen werden sollen. Aus welchen Gründen Herr Wehrspan und seine Genossen vermeinen, die Inhabergemeinden würden nicht in der Lage sein, durch Anleihen auf den gut rentablen und nicht überkapitalisierten Betrieb die erforderlichen Summen selbst aufzubringen, ist unbefannt; jedenfalls wird mit solcher Argumentierung versucht, die Notwendigkeit der Verschärfung des Hafens nachzuweisen. Daß übrigens genau wie bei der Eisenbahn auch hierbei die Konzerne zwei Fliegen mit einem Schlag zu treffen und neben der Steigerung ihrer wirtschaftspolitischen Macht auch noch ein gutes Geschäft zu machen versuchen, geht aus folgendem hervor: Man erklärte, die Umwandlung des Betriebes in eine Aktiengesellschaft müsse dergestalt erfolgen, daß die Zechen mit 80 Proz., die jetzigen Inhabergemeinden mit nur 20 Proz. beteiligt sind. Das 10 Millionen Goldmark betragende Betriebskapital werde mit 30 (dreißig!) Millionen Papiermark abgelöst, wovon noch die 20 Proz. Beteiligungsziffer abzuziehen wäre!

Daß unsere Parteigenossen in den beteiligten Gemeinden das Projekt in der von der Industrie vorgeschlagenen Art ablehnen, ist selbstverständlich. Daß ihr Widerstand allein ausreichen wird, den Anschlag auf den Kommunalbetrieb abzuwehren, ist zwar zu hoffen, aber keinesfalls gewiß. Deshalb erwarten sie, daß auch die zuständigen Instanzen des Reiches und des Staates ihnen helfen; denn ehe an eine Auslieferung des Unternehmens in die Hände der Schwerindustrie gedacht werden kann, wäre noch sehr zu erwägen, ob nicht die Umwandlung des Hafens in ein staatliches Unternehmen zu erfolgen hätte. Keinesfalls aber darf die Nachposition der Schwerindustrie dem Staat gegenüber durch weitere Ueberlassung öffentlichen Eigentums gestärkt werden.

Gelänge es ihr, auf dem Umwege über den Besitz der Wasserstraßen Gewalt auf die allgemeine Verkehrspolitik des Reiches zu bekommen, so würden die Folgen zweifelsohne verderbliche sein für den Wiederaufbau der Wirtschaft, wenn dieser erfolgen soll, ohne die breite Masse des wertvollen Volkes dem größten Elend auszuliefern. Wir würden noch einen Schritt weiter abkommen von dem Wege, der zur planmäßig gestalteten Gemeinwirtschaft führt.

Preisbildung.

Von Erna Büsing.

„Ach“, sagte Tante Emma und seufzte tief (das Seufzen war nämlich der Landwirtschaft bedämmlicher als Regen, Sonnenschein und Steuerzahler, das wußte sie aus Erfahrung), „meine Bäume werden in diesem Jahre früh Kirchen tragen. Ich kann die Obstblüte gar nicht so recht ausnützen“ und sie seufzte abermals, klappte jeden zu tief hängenden Blütenzweig und verkaufte ihn für 50 Pf. teurer als die anderen Obstzüchter des durch seine Weltmarktpreise berühmten Dorfes.

Tante Emma seufzte noch ein paarmal als Beweis für die schweren Sorgen der Landwirtschaft, der Obstzüchter und aller verwandten Berufe, und die Kirchen reiften heran. Zu Pfingsten hingen sie in ungeheuren Mengen am Baum. Tante Emma seufzte, jetzt galt es die richtigen Preise zu machen und sich nicht zu verrechnen.

Pfingsten ließ sich gut an und der Festtagswucher, diese herzerquickende Begleiterscheinung des offiziellen Christentums, war prächtig gedeihen. Er hatte die richtige Grundlage geschaffen und Grundlagen darf man bekanntlich nicht erschüttern. Folglich kalkulierte Tante Emma — Kirchen mindestens drei Mark das Pfund.

Im Dorf hatte sich ein Kontorhüppel einquartiert. Er war der Stadt entflohen, um hier seinen Urlaub zu verbringen. Der Mann hatte eine eingesunkene Brust, eine hohe Schulter und rote, müde Augen. So eine Handvoll Großstadtlend, die meint, wenn sie auf grüne Wälder sieht und Ruhe hat, im Paradies zu sein. Tante Emma suchte sich. Jetzt, wo sie alle Hände voll zu tun hatte, ließ dort ein Nichtstuer herum und stahl dem lieben Gott den Tag. Als der Mann, ferienselig, an ihrem Grundstück vorüberglendete, lächelte sie zum Nachbarn, der nur Apfelbäume besaß: „Können Sie nicht einen Kirchengpfänder gebrauchen, da läuft ein Arbeitsofer.“ O, diese Städter, nein, wie Tante Emma sich ärgerte — und sie kalkulierte — Kirchen fünf Mark das Pfund.

Der Landarbeiter, den Tante Emma beschäftigte, war recht sonderbar. Nicht daß er seine Arbeit etwa vernachlässigte oder sich sonst etwas zuschulden kommen ließ, nein, keines von beiden war bei ihm der Fall und doch mußte Tante Emma sich so oft über ihn ärgern. Er meinte tatsächlich, man müsse sich weiterbilden, besuchte Versammlungen und was das Tollste war, er hielt Kirchen, Kriege und Kaiser für überflüssig. Der Mann liebte die Natur (Tante Emma ließ nur deren Ertragsfähigkeit gelten) und er hatte mit frischen Mäien sein Zimmer geschmückt. Nach Pfingsten brauchte Tante Emma das nicht mehr zu dulden, alles hat seine Grenzen und höchst eigenhändig riß sie die Zweige ab. Dabei fielen ein paar eingepflanzte Blumen vom Fensterbrett und die Töpfe zerbarsten. „Da hat man es wieder! Wir bekommen kein Gehalt, nur vom Verkaufspreis der Früchte muß man alle Reparaturen bezahlen“, schmauschte Tante Emma und sie kalkulierte — Kirchen zehn Mark das Pfund.

Tante Emma fuhr selbst in die Stadt. Sie wollte sich mal über die Lebensmittelpreise unterrichten. In Rechnen und Seufzen dürfte sie vor sich hin. Und als sie gerade bei der notleidenden Landwirt-

Kanzlerrede in Stuttgart.

Stuttgart, 10. Juni. (W.B.) Anlässlich ihres Besuches bei der württembergischen Staatsregierung sprachen Reichskanzler Dr. Wirth und Reichsminister Dr. Rathenau vor einem großen Kreis geladener Gäste. Der württembergische Staatspräsident Dr. Hieber begrüßte beide im Namen des Staates auf das herzlichste und dankte ihnen für ihr Kommen. Für das württembergische Volk sei die Reichstreue über alle Parteischanzen hinweg eine absolute Selbstverständlichkeit.

Reichskanzler Dr. Wirth,

von Beifall begrüßt, betonte, daß die zwei Jahre seines Berliner Aufenthalts ihn weder äußerlich noch innerlich verändert hätten, und daß er als badischer Nachbar einige Fragen der äußeren und inneren Politik behandeln wolle. Wir mühten uns von dem Gesichtspunkt endgültig loslösen, als ob es möglich wäre, außen- und innenpolitische Fragen durch eine sogenannte Krise zu lösen. Jede politische Krise sei ein Zeichen der Schwäche. Wir mühten unter allen Umständen versuchen, die letzten kostbarsten Erbsünde einer ruhmreichen Vergangenheit — und wir wollten die deutsche Geschichte nicht schmähend — für kommende Generationen zu retten. Unsere Gesamtpolitik in den letzten Jahren, fuhr Dr. Wirth fort, hat sich um die Frage gedreht,

ob uns das Reich erhalten bleibt.

oder ob es in Stücke geht. Die Kritik kann sich niemals auf das Ziel der deutschen Politik erstrecken, denn das Ziel ist uns allen gemeinsam: es ist das Wohl des deutschen Volkes wie die Erhaltung seiner staatlichen und politischen Einheit. Diesem haben wir treu und aufrichtig gedient; wenn die Wege falsch waren, dann möge sich im Reichstag eine Majorität zusammensuchen, die neue Wege geht mit dem Erfolg, daß die Einheit des Reiches erhalten bleibe. Alle Gefahren für diese Einheit sind noch nicht geschwunden. Gerade in den letzten Tagen ist eine neue publizistische Welle aus dem Westen gekommen, die versuchen will, die Einheit des Reiches zu zerstören. Über das deutsche Volk, in Atome zerrissen, das ist eine Gefahr für den Frieden Europas. Ein einiges Volk, eine starke einige Macht, ein wirtschaftlich aufblühendes Volk, das allein ist in der Lage, dem Wiederaufbau Europas zu dienen. Es gibt in Deutschland ein paar

armfertige Köpfe, die mit dem Feinde konspirieren.

Sie meinen, eine Scheidung am Rhein könne dem Frieden Europas dienen. Als nächstes und höchstes Ziel unseres politischen Arbeitens proklamieren wir die Erhaltung der Einheit des deutschen Vaterlandes. Diese Aufgabe fällt nicht einem einzigen Stand in Deutschland zu, es ist die Aufgabe aller deutschen Stände, ebenso wie die Ausgestaltung der inneren staatlichen Formen, der Beziehungen des Reiches zu den Ländern nicht die Aufgabe einer einzelnen Gruppe ist. Diese große Aufgabe ist

nur lösbar mit der deutschen Arbeiterschaft aller Richtungen.

Alle, die gewerkschaftlich denken und organisiert sind — ich rechne dazu auch alle Beamtenverbände — müssen diesem Gedanken mit besonderem Eifer dienen. Nur wenn jeder im Ausland erkennt, daß das Reich ein Fels ist, wird der Gedanke der Einheit des deutschen Volkes von niemandem mehr draußen angegriffen werden; an ihm muß jede fremde Propaganda zerbrechen. Um dieser Einheit willen war es nötig, gewisse Opfer von den Ländern zu verlangen und große Klammern mächtiger Art in den bunten Teppich des deutschen landsmannschaftlichen Aufbaues hineinzubringen. Es war notwendig eine große einheitliche Finanzverwaltung, eine Reichsbahn und eine Postverwaltung. Die Bildung einheitlicher großer Zweigorganisationen bleibt schließlich die einzige Möglichkeit, um das neue Reich zusammenzuhalten und wieder aufzubauen. So wurde die Verfassung von Weimar ein Werk des Volkes, das einzig in seinen Stämmen dem Frieden dient und dem sozialen Ausgleich entgegengeht. Die Schwierigkeiten zu einem glücklichen Ausgleich zwischen Nord und Süd können durch Beratungen gesunden und beseitigt werden.

Der Kanzler gab hierauf eine Rechtfertigung seiner Politik in Genua und erinnerte an die politische Lage vor einem Jahre. Damals tauchte der Begriff „Sanktionen“ auf. Die Befragung der drei Rheinländer wird, so sagte Dr. Wirth, vom Rinde bis zum Greife als eine große Ungerechtigkeit empfunden, vor allem aber, daß uns dieses Unrecht noch immer angetan wird. Wenn man Genua damit vergleicht, so ergibt sich, daß man aus dem Nebenbunsten politischen Diktates heraus ist. Schon das Zusammensein mit den ehemaligen Gegnern bedeutete einen großen Fortschritt. Genua hat gezeigt, daß wir als Vertreter des Reiches politisch wieder Boden unter den Füßen gehabt haben. Im Jahre 1921 wäre der

Reichskanzler gab hierauf eine Rechtfertigung seiner Politik in Genua und erinnerte an die politische Lage vor einem Jahre. Damals tauchte der Begriff „Sanktionen“ auf. Die Befragung der drei Rheinländer wird, so sagte Dr. Wirth, vom Rinde bis zum Greife als eine große Ungerechtigkeit empfunden, vor allem aber, daß uns dieses Unrecht noch immer angetan wird. Wenn man Genua damit vergleicht, so ergibt sich, daß man aus dem Nebenbunsten politischen Diktates heraus ist. Schon das Zusammensein mit den ehemaligen Gegnern bedeutete einen großen Fortschritt. Genua hat gezeigt, daß wir als Vertreter des Reiches politisch wieder Boden unter den Füßen gehabt haben. Im Jahre 1921 wäre der

Reichskanzler gab hierauf eine Rechtfertigung seiner Politik in Genua und erinnerte an die politische Lage vor einem Jahre. Damals tauchte der Begriff „Sanktionen“ auf. Die Befragung der drei Rheinländer wird, so sagte Dr. Wirth, vom Rinde bis zum Greife als eine große Ungerechtigkeit empfunden, vor allem aber, daß uns dieses Unrecht noch immer angetan wird. Wenn man Genua damit vergleicht, so ergibt sich, daß man aus dem Nebenbunsten politischen Diktates heraus ist. Schon das Zusammensein mit den ehemaligen Gegnern bedeutete einen großen Fortschritt. Genua hat gezeigt, daß wir als Vertreter des Reiches politisch wieder Boden unter den Füßen gehabt haben. Im Jahre 1921 wäre der

Reichskanzler gab hierauf eine Rechtfertigung seiner Politik in Genua und erinnerte an die politische Lage vor einem Jahre. Damals tauchte der Begriff „Sanktionen“ auf. Die Befragung der drei Rheinländer wird, so sagte Dr. Wirth, vom Rinde bis zum Greife als eine große Ungerechtigkeit empfunden, vor allem aber, daß uns dieses Unrecht noch immer angetan wird. Wenn man Genua damit vergleicht, so ergibt sich, daß man aus dem Nebenbunsten politischen Diktates heraus ist. Schon das Zusammensein mit den ehemaligen Gegnern bedeutete einen großen Fortschritt. Genua hat gezeigt, daß wir als Vertreter des Reiches politisch wieder Boden unter den Füßen gehabt haben. Im Jahre 1921 wäre der

Vertrag der Rapallo nicht möglich

gemessen. Man hat dort geglaubt, uns einige Tage so unbemerkt an eine Wand stellen zu dürfen. Da haben wir selbstverständlich gehandelt und dieses Werk geschaffen, das der erste Friedensvertrag geworden ist, ein Werk, das zum erstenmal zwischen zwei Völkern, die in blutigstem Ringen standen, vergibt und vergibt. So lange Rußland und Deutschland in der Geschichte einander nicht feindselig gegenüberstanden, ist es beiden Völkern gut gegangen. Alle Märchen über besondere Abmachungen militärischer und politischer Art sind in das Reich der Fabel zu verweisen. Wir hätten unsere Pflicht gröblich verletzt, wenn wir den Frieden mit Rußland nicht geschlossen hätten, denn die Bemühungen der französischen Politik, die

Kette ganz um uns zu schließen,

wären deutlich sichtbar. Heute ist der Vertrag eine anerkannte internationale Tatsache und nicht der letzte unter den europäischen Völkern und der Ostwelt. Zu den Fragen, über die in Genua nicht offiziell gesprochen wurde, gehört das Reparationsproblem, die deutsche Frage, die in Wirklichkeit eine europäische, ja, ein Weltproblem ist. Für uns war die Aufgabe die, aus dem politischen Gegenkessel, wo die Diktate schließlich das letzte Wort haben, uns herauszubekommen in das Reich wirtschaftlicher, nützlicher, rechnender Erwägungen.

Dann ging der Kanzler über zur Pariser Bankierkonferenz, jenen Anleiheausfluß von Vertretern wirtschaftlicher und finanzieller Faktoren, der abseits von politischer Leidenschaft seine Arbeit verrichtet. Der Kanzler erinnerte an die Auffassung der englischen Hochfinanz über Deutschlands Lage, die dahin ging, daß es für Deutschland keinen Kredit geben könne. Die englischen Finanzleute haben damit eine vernichtende Kritik am unsinnigen Zahlungsplan des Matsumas abgegeben. Das Urteil des von der Reparationskommission berufenen Ausschusses ist bereits gefällt. Es lautet, daß der

Londoner Zahlungsplan etwas Unmögliches

vom deutschen Volke gefordert hat. So ist das politische Problem zu einem wirtschaftlichen umgestaltet worden, das nur durch Verständigung und gegenfeitiges Zusammenarbeiten einer fruchtbareren Lösung entgegengeführt werden kann. Wenn wir versuchen, eine ruhige, gefestigte Atmosphäre in der Welt zu schaffen, darf hinter der Regierung die politische Brücke nicht abgebrochen werden. Im Hinblick auf die politische Krise des Jahres danke ich dem demokratischen Deutschland und der deutschen Arbeiterschaft für das Vertrauen, das sie in den schweren Weg, den wir gehen mußten, gesetzt hat. Die Zeit wird kommen, wenn wir nur Geduld haben, daß die ganze Welt die Frage der Reparationen als eine rein wirtschaftliche Sache ansieht. Noch hält sich aber Amerika abseits, denn die amerikanische Volksseele war in wildem kriegerischen Haß bis zu 90 Prozen gegen das deutsche Volk entsetzt.

Nach dem Kanzler sprach Dr. Rathenau, der erklärte, der Vertrag mit Rußland konnte zu keinem anderen Zeitpunkt abgeschlossen werden als in Genua, weil er reif war, weil bei der Gegenseite das Gefühl entstand, hier erwacht uns in der Verlassenheit eine Hilfe.

Der gefälschte Brief.

Vor längerer Zeit wurde hier über eine unerhörte Brief-fälschung berichtet, mit der die Kommunisten häuften gingen. Es handelt sich um einen angeblichen Brief unseres Reichstagsabgeordneten Oskar Ged aus Mannheim, in dem dieser schwere Selbstanklagen gegen sich und die sozialdemokratische Politik erhob. Der Verbreiter dieses Briefes war ein gewisser Moritz Lederer, der in Mannheim eine kommunistische Zeitschrift „Der Revolutionär“ herausgibt. Genosse Ged ließ sofort beteuern, daß dieser Brief eine Fälschung war. Trotzdem hatte Lederer noch den Mut, in einer Berichtigung an den „Vorwärts“ die Echtheit des Briefes zu behaupten.

Die Sache hatte ein gerichtliches Nachspiel. Vom Schöffengericht erhielt Lederer drei Wochen Gefängnis. Am Freitag kam die Sache vor der Strafkammer in der Berufungsinstanz zur Verhandlung. Hier nahm Lederer seine gesamten Behauptungen unter dem Ausdruck des Bedauerns zurück und erklärte sich zur Zahlung einer Buße von 1500 M. zu einem wohltätigen Zweck bereit, außerdem übernahm er die gesamten Kosten des Verfahrens. Auf dieser Grundlage wurde ein Vergleich geschlossen.

Japanisches Eisenbahn-Jubiläum. In diesen Tagen hat Japan die 50. Wiederkehr des Tages begangen, an dem auf seinem Gebiet die erste Eisenbahn dem Verkehr übergeben worden ist. Es handelte sich dabei um eine nur 18 Kilometer lange Linie, die Tokio mit Yokohama verband. Heute besitzt Japan Schienenwege in einer Gesamtlänge von 8500 Kilometer. Das Jubiläum ist auf eine Weise begangen worden, die charakteristisch ist für die Art, mit der man in Japan solche Feste zu feiern pflegt. Über 30 000 Personen nahmen an der Feierlichkeit teil, die in einem ungeheuren Zeit stattfand, das man vor dem Zentralbahnhof der japanischen Hauptstadt errichtet hatte. Hier wurde jeder, der sich einstellte, mit einem Selbstbescherer aus Metall beschenkt. Zur Herstellung dieser Erinnerungsstücke, von denen 170 000 verteilt wurden, sind 100 Tonnen Eisenbahnschienen verwendet worden.

Ein Bild auf einem Stecknadelknopf. Die kleinste Radierung, die jemals geschaffen worden ist, ist das Werk eines Washingtoner Kupferstecher namens C. Habicht. Es ist ein Bild des Kapitols von Washington, das auf dem goldenen Knopf einer Stecknadel eingeschrieben ist. Die Herstellung dieses Bildes nahm vier Monate anstrengter Arbeit in Anspruch, und drei Tage brauchte der Künstler, um die Oberfläche des Nadelkopfes zu polieren. Das Bild, das mit einem äußerst feinen Diamantsichel und mit Hilfe einer starken Lupe ausgeführt wurde, ist so klein, daß man es nur durch das Mikroskop sehen kann. Die Einzelheiten, Tore, Fenster, Säulen usw. des Gebäudes, sind auf das genaueste ausgeführt. Unter dem Bilde ist geschrieben „United States Capitol“ und darüber „Washington 1922“. — Die Urhohn unserer heutigen Alldeutschen pflegten eine solche Beschäftigung als „Gosim Nades“ zu bezeichnen.

Erkennführungen der Woche. Donnerstag. Deutsches Opernhaus: „Aslan und Nalbe“.

Urania-Vorträge. Sonntag, Dienstag, Donnerstag: „Der Ein- und Ausfall“; Montag: „Der Hara“; Mittwoch: „Der kleine Red“; Freitag: „Das Abindliche Paradies“; Sonnabend: „Das Schöne Schwabenland“.

Volksbühne Norden. Am 12. wird abends 8 Uhr im Theateraal des Konzerthauses Kinder, Panflos, Breite Str. 24, das dreitägige Lustspiel „Der Schwarzkünstler“ von Emil Gili gegeben.

In Erwartung des Reichspräsidenten.

Deutschnationale Pöbeleien im München.

München, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Hege gegen den bevorstehenden Besuch des Reichspräsidenten in München hat neuerdings mit aller Kraft eingesetzt. Die „Augsburger Abendzeitung“ überschreibt eine Notiz mit der Überschrift „Der Ober-Tag in München“ und druckt einen Protest der Vaterländischen Vereine in München in Form eines Offenen Briefes an den Reichspräsidenten ab, in dem „diese tausende vaterländisch denkender Bayern“ ihren Mißmut über das Erscheinen Eberts in München zum Ausdruck bringen und drohen, es wäre ihnen ein leichtes, dieser Stimmung sichtbaren Ausdruck zu geben! Traub hält die Stunde für gekommen, in seinem Blatt das Bekannte abzulegen: „Gott segne das Haus Wittelsbach, Gott segne das Haus Hohenzollern!“ Deutscher wird der „Riesbacher Anzeiger“, der vor der Ankunft des Genossen Ebert noch einmal auf den „Berliner schwarzrotgoldenen Schmachleien“ am Hauptbahnhof hinweist und versichert, die bayerischen Minister, welche Ebert empfangen, müßten als Kellner und Ministranten (!) verhöht werden. Genosse Ebert trifft am Montag vormittag ein. Abends findet Empfang im Rathausaal statt. In der zweiten Hälfte des Abends wird Genosse Ebert von der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins München erwartet. Am Dienstag vormittag besichtigt Ebert das Walchenseestraftwerk und wird über München nach Freudenstadt zurückreisen.

Die militaristische Hege geht unterdessen in Bayern in Form von Regimentsfesten mit aller Kraft weiter. Gestern abend war wieder der Odeonplatz zum Schauplatz eines militärischen und studentischen Nummets, der „Fliegergedenke“, unter Beteiligung der bayerischen Prinzen und Generale gemacht worden. Das Betrübenste an der Sache ist aber eine Mischung aus Pindau, daß dort im Anschluß an eine monarchistische Hegepropaganda sondergleichen der Reichswehrminister Dr. Götter in referentiellem Abstand neben dem bayerischen Prinzen Franz (!) die Parade über das ehemalige bayerische 20. Regiment und seine „Reichswehrtraditionskompanie“ abgenommen hat.

Wie man Landgerichtsdirektor wird.

Einen verdäufenden Blick hinter die Kulissen des heutigen Justizbetriebs, namentlich in die von oben betriebene Personalpolitik, gibt im „B. L.“ ein ungenannter Mitarbeiter, in dessen Person wir einen demokratischen höheren Justizbeamten wohl nicht mit Unrecht vermuten. Er zeigt uns, wie die berühmten Qualifikationsberichte entstehen:

Von einem stark stotternden Richter, der zum Oberlandesgerichtsrat befördert werden soll, meldet der Bericht seines Vorgesetzten, daß sein Sprachfehler sich gebessert habe. Der Richter ist deutsch-national.

Ein anderer Richter dagegen, der nicht ganz gerade gewachsen ist, wird für den Posten eines Landgerichtsdirektors als „zu unansehnlich“ bezeichnet. Dieser Richter ist nämlich Demokrat.

Ein anderer Richter dagegen wird zum Landgerichtsdirektor befördert, obwohl er niemals einer Zivil- oder Strafkammer vorgefesselt hat und nur ein einziges Mal den Vorsitz im Schwurgericht hatte, wobei er sich so grobe Formfehler leistete, daß das Urteil vom Reichsgericht aufgehoben werden mußte. Als Landgerichtsdirektor hat er dann in zwei großen Schieberprozessen so verfaßt, daß die gesamte Presse seines Bezirks ihrer Entrüstung Ausdruck gab. Aber dieser Herr ist deutsch-national.

Dagegen: Ein anderer Richter, der sich nach den bisherigen Berichten als Vorsitzender von Zivil- und Strafkammern „bewährt“ hat, wird vom Landgerichtspräsidenten für die Leitung des Schwurgerichts als ungeeignet bezeichnet. Er hatte sich vor dem nämlich über den Landgerichtspräsidenten beschwert und war Demokrat.

Aber das Tollste: Ein anderer Herr wird zum Landgerichtsdirektor befördert, obwohl er zweimal in einer Trinkerbellanstalt gewesen und die Folgen des Alkoholismus nicht völlig überstanden hat. Der Herr ist freilich deutsch-national.

Ein fünfzigjähriger Richter erhält nach fünfundsingzigjähriger einwandfreier Tätigkeit eine disziplinäre Rüge, weil er einmal zu einem Termin um zwanzig Minuten sich verspätet hatte. Warum ist er auch Demokrat!

Ein Ausschlichter beim Amtsgericht verlangt, von seinen im Range gleichgestellten Kollegen zuerst begrüßt zu werden. Ein Demokrat, der sich dessen weigert, wird vor den Landgerichtspräsidenten zitiert und erhält einen Qualifikationsbericht, daß sich seine Fähigkeiten und Leistungen gemindert hätten. Der Bericht trägt das Datum der Aussprache beim Landgerichtspräsidenten!

Wie selber könnten noch folgenden Fall beisteuern: Ein Richter, der an dem Urteil der Strafkammer mitwirkte, das gegen einen demokratischen Posthalter so beleidigende Sätze enthält, daß dieses Urteil vom Oberlandesgerichtspräsidenten gerügt werden muß, wird kurz darauf selber ans Oberlandesgericht berufen. Der Herr ist deutsch-pöblich.

Diese Fälle wurden zum großen Teil schon bei der Beratung des preußischen Justizrats vorgebracht. Die stereotype Antwort in den meisten Fällen lautete, daß dem Ministerium „die Unterlagen fehlten“ und erst in einiger Zeit zu beschaffen wären. Wann wird das wohl sein?

Der Moskauer Prozeß.

Alga, 10. Juni. (Antel.) Der zweite Tag des Prozesses der Sozialrevolutionäre führte zu einem scharfen Wortwechsel zwischen den Vertretern der Anklage einerseits und den Angeklagten und deren Verteidigern andererseits. Die Gerichtsverhandlung scheint sich also recht stürmisch zu gestalten. Trotzdem am Schluß der Gerichtsitzung vom 8. Juni die Erörterungen über die prozessuale Seite der Verhandlungen als abgeschlossen bezeichnet wurden, konnte die Verlesung der Anklage erst nach Abgabe weiterer Erklärungen der Angeklagten und ihrer Verteidiger begonnen werden.

Im offiziellen Bericht über die Gerichtsverhandlung heißt es: eine Gruppe von Angeklagten sei bestrebt, den Prozeß zum Scheitern zu bringen oder zumindest einen ruhigen Verlauf der Verhandlung zu verhindern, und zwar durch neue Anträge der Verteidiger, durch Hinzuziehung weiterer Zeugen und Verteidiger. Als schließlich der Gerichtsschreiber zur Verlesung der Anklage schritt, wird er durch Zwischenrufe seitens verschiedener Angeklagter unterbrochen. Das Gericht beschließt auf Antrag der Angeklagten, die Sitzung durch eine Pause zu unterbrechen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird ausnahmsweise dem Verteidiger Rosenfeld das Wort erteilt, der erklärt, daß die Angeklagten zwar ihre Rechte als verletzt betrachten, die Weiterführung des Prozesses jedoch nicht zu verhindern beabsichtigen. Der Vorsitzende entgegnet, daß die Rechte der Angeklagten von keiner Seite beeinträchtigt worden seien, daß man vielmehr sogar von den geltenden Gesetzen abgesehen sei, um diese Rechte voll zu wahren. Der Rest der Sitzung wird durch die Verlesung des umfangreichen Anklageschrifts in Anspruch genommen.

Die geteilte Wohnung.

Das neue Reichsmietengesetz bringt unzweifelhaft zum Ausdruck, daß bei der Festlegung der Höchstmiete die Friedensmiete (1. Juli 1914) zugrunde gelegt werden soll. Das heißt, wenn am 1. Juli 1914 der Mietzins für eine ungeteilte Wohnung 400 M. betrug, kann der Vermieter ab 1. Juli 1922 seinen Mietzins auf 880 M. festsetzen. Damit sollte endlich ein Streitfall beseitigt sein, der nicht nur zu unliebamen Erörterungen zwischen Vermieter und Mieter führte, sondern auch bei den auf den Mieteinigungsämtern zu treffenden Entscheidungen. Nichtsdestoweniger ist die Frage der Erörterung wert, ob der Vermieter nicht gegen den § 14 (Untermiete) verstößt, wenn er für die im Frieden ungeteilte Wohnung, und infolge der herrschenden Wohnungsnot diese Wohnung teilen mußte, nun einen doppelten Mietzins, veranlagt mit je 120 Proz. einzieht.

Diese Ueberverteilung hat insbesondere in Berlin Formen angenommen, die der Bücherei auf allen anderen Gebieten nicht nachstehen. Sie macht sich um so mehr dann bemerkbar, wenn in demselben Hause gelagerte Wohnungen ungeteilte Zustände wohl zur Leistung des gesetzlichen Höchstmietszuschlages verpflichtet sind, aber keiner nachweisbaren Kontrolle gegenüber den Doppelmietern befehl. Diese Lage muß beseitigt werden, weil es nicht nur zu unsozialen und unmoralischen Verhältnissen führt, sondern weil dadurch der Günstlingswirtschaft im Wohnungswesen Vorschub geleistet wird. Dieses Verhältnis besteht bereits und scheint von den im Wohnungswesen eingerichteten behördlichen Instanzen nicht beachtet zu werden. Im § 2 (Berechnung der gesetzlichen Miete) wird gesagt, daß, wenn über die Höhe der Miete Streit entsteht, auf Antrag eines Vertragsteils die Miete von dem Mieteinigungsamt festzustellen ist.

Weiter wird bestimmt, daß, wenn in einem Gebäude die Friedensmieten der einzelnen Wohnungen oder Räume in einem offensibaren Mißverhältnis zueinander stehen (dieses Mißverhältnis tritt auch bei der gesetzlichen Höchstmiete in Wirkung), das Mieteinigungsamt verpflichtet ist, dieses Mißverhältnis auf Antrag eines Vertragsteils zu beseitigen. Festgestellt muß werden, daß die Mieteinigungsämter dieses Mißverhältnis nicht immer selbst versuchen zu lösen, sondern der Wohnungsinpektoren überlassen. Damit tritt das Mieteinigungsamt einen tatsächlichen Rückzug an, der unzweifelhaft dem Mieteinigungsverfahren feindlich gesinnten Vermieter zugute kommt.

Es wird endlich Zeit, daß sich nicht nur die Bezirksverordnungen und Stadtordnungen mit diesen gegen das Reichsmietengesetz eingerissenen unmoralischen unsozialen Handlungen der Hauswirte befaßt, sondern auch die Mieter selbst. Die Wiedererörterungen müssen endlich ins Leben gerufen werden, um Anzeichen vorkriegszeitlicher Hauspachtwirtschaft und damit in Verbindung stehender Günstlingswirtschaft schmutziger Elemente im Reine zu erksiden.

Der fisierte Säugling.

In Karlsruhe hat sich jüngst etwas Entsetzliches zugetragen. Man höre! Geht da eine junge Mutter ganz stolz mit ihrem 1½-jährigen Töchterchen in der Nähe des Bahnhofs umher. Nun ist so ein Töchterchen keine Puppe, die man tagelang herumtragen kann, ohne daß etwas passiert, sondern ein lebendiges Menschlein. So ein kleines Menschlein hat aber auch seine kleinen Bedürfnisse. Und nun geschah das Entsetzliche, die Mutter nahm das Kindlein und setzte es schnell, ehe ein Unglück passierte, am Rand des Bürgersteiges nieder. Diese Freveltat gegen öffentliche Moral und Anstand entsetzte das dienstliche Gemüt eines Schutzbeamten derart, daß er sofort Vorgesetzten nahm und die Mutter samt dem Kindlein zur Polizeiwache schleppte, woselbst ein hochnotpeinliches Verhör stattfand mit dem Ergebnis der Androhung eines Strafmandats wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses. Wenn nun alle Berliner Mütter, die mit ihren in Bedürfnis befindlichen Kindern also verfahren wie die Karlsruher Mutter, gleichfalls zur Wache transportiert würden, dann hätten die Schutzbeamten und die Beamten auf der Wache wirklich anregende Beschäftigung.

Die Auslandschecks des Posthilfschaffners.

Benig Freude an seinen Berunterungen hatte ein Posthilfschaffner Fritz Marohl aus der Koblenzer Straße zu Wilmersdorf, der von der Kriminalpolizei festgenommen wurde. Marohl, der auf dem Wilmersdorfer Postamt beschäftigt war, stahl aus Auslandsbriefen die Checks, die in Berlin viel wert waren, wußte aber nicht recht, wie er selbst sie zu Geld machen sollte. Deshalb wandte er sich vertrauensvoll an seinen Hausverwalter August Handrid. Dieser setzte sich mit einem Fräulein Eln Pallosch aus der Gerdauner Straße 6 in Verbindung, die dort ein Lebensmittelgeschäft betreibt. Fräulein Pallosch girierte die Checks und erhob das Geld. Von ihrem Anteil an der Beute machte sie eine Bergnügungstour nach Swinemünde. Handrid brachte seinen Anteil mit seiner Geliebten in Berliner Bergnügungstafeln durch. Der ungetreue Postgehilfe ging fast leer aus.

Falsche Telegraphenarbeiter.

In den letzten Monaten ist es Schwindlern wiederholt gelungen, dadurch Zutritt zu Wohnungen, Geschäftsräumen usw. zu erlangen, daß sie vorpiegelten, sie sollten Arbeiten an den Fernsprechanlagen ausführen. Um Vertrauen zu erwecken, trugen sie nicht selten Postuniform oder auch nur eine Postmütze. Andere Schwindler treten in bürgerlicher Kleidung auf. Sie suchen es bei ihren Arbeiten so einzurichten, daß sie unbeobachtet bleiben, und stehlen dann in wenigen Augenblicken, was ihnen gerade in die Hände fällt. Es ist deshalb angebracht, derartigen Schwindlern und Dieben ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die im Fernsprechanbau tätigen Beamten und Arbeiter der Reichspost- und Fernsprechanlagenverwaltung sind sämtlich mit einem Ausweis versehen. Dieser ist für Beamte kurzzeitig von gelber Farbe mit dem roten Ueberdruck „Rur für 1922 gültig“. Außerdem trägt er Namen und Amtsbezeichnung des Inhabers. Die Ausweisarten der mit der Einrichtung von Sprechstellen beauftragten Telegraphenarbeiter enthalten ein Lichtbild des betreffenden Arbeiters. Es wird dringend empfohlen, sich diese Ausweisarten stets vorzeigen zu lassen und sich Nummer und Namen zu merken. Zweckmäßig wäre vor allem, unbekannt Personen, die auf den Höfen oder in Kellern angetroffen werden und vorführen, Arbeiten an den Fernsprechanlagen ausführen zu müssen, nach diesen Ausweisarten zu befragen. Sind sie nicht im Besitz des Ausweises, so ist möglichst schnell ihre polizeiliche Feststellung zu veranlassen. Es wird bemerkt, daß die Oberpostdirektion für die Ergreifung derartiger Schwindler, die Telegraphen- und Fernsprechanlagen zerstören, namhafte Belohnungen zahlt.

Das drohende Räumungsurteil.

Im Hause Schönberger Ufer 27 gab Ende 1920 eine Versicherungsgesellschaft freiwillig eine von ihr zu Bureauzwecken benutzte Bierzimmernwohnung auf. Das Wohnungsamt Kreuzberg wies die durchaus Wohncharakter tragenden Räume dem Schauspieler Hans Brodman zu und setzte eine angemessene Miete (1500 M.) fest. Da der Hauswirt, um eine höhere Miete zu erzielen, die Räume lieber zu Bureauzwecken vermieten wollte, weigerte er sich, diese Miete anzunehmen. Nunmehr wurde vom Wohnungsamt, wie es in dergleichen Fällen üblich ist, beim Mieteinigungsamt ein Zwangsvertrag beantragt. Bei dem dazu anberaumten Termin kam es aber nicht zu einer Einigung, so daß ein neuer Termin anberaumt werden mußte. Das Mieteinigungsamt 2, Bahnparkstraße, dem die Festsetzung dieses Termins oblag, hat nun bis heute die Angelegenheit ruhen lassen, so daß der Hauswirt inzwischen beim Amtsgericht gegen Brodman, der, da er ohne Miet-

vertrag mehrlos ist, ein Räumungsurteil hat erwirken können. Das Urteil ist sofort vollstreckbar, der Mann wird mit seiner Frau und seinem 4 Wochen alten Kind ohne weiteres aus seiner Wohnung vertrieben.

Dafür haben wir aber wenigstens ein Mieteinigungsamt.

Autobus 12.

Eine neue Kraftautobuslinie 12 wird vom 15. Juni ab vom Kreuzberg durch die Großbeerenstraße über Anhalter Bahnhof, Jerusalem Kirche, Werderscher Markt, Königstor nach dem Arnswaldener Platz eingerichtet werden. Der erste Wagen wird früh um 6,50 Uhr, der letzte Wagen um 11,00 Uhr abends vom Arnswaldener Platz abfahren, während die letzten Wagen in der Gegenrichtung um 11,35 Uhr abends verkehren. — So wertvoll die Bereicherung der Verkehrsmöglichkeiten im Stadtinnern sein mag, so sehr muß es bedauert werden, daß sich die Omnibusgesellschaft so wenig an die Abmachungen, die bei der Einrichtung der anderen neuen Kraftautobuslinien, der Linie A getroffen worden sind, hält. Wie erinnerlich wurde seinerzeit von den Aufsichtsbehörden gefordert, daß neben dem Verkehr im Stadtinnern auch der Verkehr in den durch die Schaffung der Einheitsgemeinde entstandenen neuen Außenbezirken verbessert wird. Da zurzeit an einen Ausbau des Straßenbahnnetzes nicht gedacht werden kann, so bleibt für die Verkehrsverbesserung in den Außenbezirken eigentlich nur der Kraftautobus, der dem Verkehrsbedürfnis leicht angepaßt wirkliche Verkehrsverbesserungen schaffen könnte.

Auch Glaswucher.

Steigerung auf das 72fache des Friedenspreises.

Eine sehr stark besuchte Protestversammlung des Vereins der Glasermeister Groß-Berlins fand gestern abend in den Räumen des Clubhauses, Ohmstraße, statt. Einleitend führte der Vorsitzende des Verbandes der Glasermeister Deutschlands, Reeh, aus, daß die Glaspreise durch die Bewucherung der Glashütten auf das 72fache des Friedenspreises gesteigert worden sind, ohne daß hierbei eine Notwendigkeit, etwa durch Einfuhr kostspieliger Rohmaterialien aus dem Ausland, die Notwendigkeit einer derartigen Preissteigerung vorlag. Glasermeister Rehlhoff schilderte hierauf die Notlage des Gewerbes. Bei größeren Arbeiten, die der Meister bereits 2-6 Monate vor Ausführung in Auftrag bekommt, ist es infolge der hohen Glaspreise nicht mehr möglich, überhaupt Kalkulationen aufzustellen, während er selbst feste Preise machen müsse. Hierdurch tritt ein gefährlicher Lagerstau ein, der den kleinen Handwerker zwingt, den Betrieb einzustellen. Kleine Reparaturen können überhaupt nicht mehr ausgeführt werden. Glasermeister Kriet schilderte hierauf das Verhalten des Publikums, das den Glasermeister für den Wucherer halte, während in Wirklichkeit die Glashütten diesen Wucher treiben und bei Dividenden von 50-80 Proz. noch Brämien an die Aktionäre zur Verteilung bringen. Als letzter Redner sprach der Innungsoberrmeister Schneider (Glaser-Zwangs-Innung Berlin), der etwa folgendes ausführte: Den Gestehungskosten der Hütten mit rund 100 M. je Quadratmeter Glas stehe ein Verkaufspreis von 180 M. gegenüber. Der Verdienst beträgt also 80 von 100, das macht bei einer mittleren Hütte, die 6 Schmelzöfen im Betrieb hat, einen Reingewinn von jährlich rund 58 Millionen Mark. Diese Summe muß als Wuchergewinn bezeichnet werden, wenn man dabei berücksichtigt, daß der Hauptbestandteil für den Schmelzprozeß, das Glauberalkali, vor einem Jahre 49 000 M. je Waggon gekostet hat, während es jetzt zum Preise von 22 000 M. zu haben ist. Neben der Betriebseinstellung einer Reihe von Glashütten und dem Lieferungsverbot nach Deutschland für die Saar-Hütten ist vor allen Dingen die Trübsandung an der Bewucherung der Bevölkerung schuld. Das Kleingewerbe, der selbständige Glasermeister, leidet hierbei eine unerträgliche Not, der Kauf eines neuen Anzuges werde für ihn zur Katastrophe. Die Regierung sieht tatenlos zu, ohne durch die Freigabe der Einfuhr tschechoslowakischen Glases, das jetzt frei Berlin 120 M. kostet, eine Senkung der Inlandspreise herbeizuführen und ohne die Verfolgung des Wuchers der Glashütten energisch in die Hand zu nehmen. Endlich wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die gegen die ungerechtfertigt hohen Glaspreise des Spandauer Prozeßes erhebt und die Regierung auffordert, die Ausfuhr von Spiegel- und Fensterglas gänzlich zu untersagen und die Einfuhr billigeren Glases freizugeben, um die Preise abzulassen.

Neues Selbstanklagamt „Zehlendorf“.

Am 12. Juni wird auf dem Grundstück Zehlendorf (Bannseebahn 1), Kaiserstraße 23, eine neue selbständige Fernsprech-Vermittlungsstelle eröffnet, an die sämtliche Anschlüsse, die bisher zu dem alten Amt Zehlendorf gehörten, herangeführt werden. Um technischen Gründen ist es notwendig gewesen, den Teilnehmern mit den Anschlußnummern von 0 bis 999 die Nummern von 2000 bis 2999 zu geben. Der Betrieb der neuen Betriebsstelle Zehlendorf wird, wie bisher, vom Postamt Zehlendorf (Bannseebahn) beaufsichtigt.

Der Verband deutscher Händler und erfindender Gewerbetreibender.

Sig Rogdeburg, Dissoverwaltung Berlin, hatte zum 8. Juni die Berliner Straßenhändler zu einer Protestversammlung in der Böhmer-Brauerei zusammengerufen, in der gegen das rigorose Vorgehen des Magistrats, den Straßenhändlern 279 Straßen zu sperren, Beschränkungen erhoben wurde. Von dieser Maßnahme würden 3 000 Menschen betroffen werden, die als legitime Straßenhändler bisher auf ehrliche und einwandfreie Weise ihr Brot gefunden haben.

In der Faunerie des Zoologischen Gartens sind ein Paar von den Abhängen des indischen Himalajagebietes stammende Glanzfasanen angekommen, neben den Pfauen die farbenprächtigsten aller bühnenartigen Vögel, die die gewiß schon sehr schön gefärbten eigentlichen Fasanen darin weit hinter sich lassen. Der Glanzfasanohahn sieht aus, als wenn er nicht mit Federn bedeckt, sondern aus metallischer, in Rot, Grün und Blau schimmernder Bronze gegossen wäre. Die Henne dagegen ist, wie bei den Tieren überhaupt, das „schönere Geschlecht“, ganz unscheinbar braunstrichelig gefleckt.

Elternratswahlen an höheren Schulen. Realgymnasium Parkau, Lichterberg: Parteigenossen und Parteifreunde wählen die „Berelinge Liste Gronefeld-Rüsener“.

Elternratswahlen an der 11. Schule, Boedlstr. 10. Diejenigen, die bei der Wahl am Sonntag helfen wollen, sollen sich im Lokal von Wolff, Ede Müllenhof und Gräferstr., um 10 Uhr einfinden. Die Wahl findet von 11-4 Uhr statt. — Die Genossen in Friedrichshagen werden aufgefordert, der sozialistischen Liste für die weltliche Einheits- und Arbeitsschule ihre Stimme zu geben. Pflicht aller Parteigenossen ist es, sich zwecks Wahlhilfe im Lokal von Otto, Kirchstr. 28, einzufinden.

Bootskatastrophe eines schwedischen Jugendvereins.

Als ein Jugendverein am Donnerstagabend in mehreren Booten eine Ruderparkie auf dem Preßla-See in den Strohholzer Schären unternahm, sank ein Boot mit 11 Personen an Bord. Von den Insassen ertranken 6 Personen, darunter 5 Mädchen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

12. Kreis, Lennschloß. Sonntag, den 11. Juni, vormittags 10 Uhr. Führung durch den Botanischen Garten. Treffpunkt mittags 10 Uhr, im Wirtschaftshaus des Botanischen Gartens, Unter den Eichen 10. Achenstr. 10 pro Person 2,50.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst noch warm und schwül, aber abends überholt ein Gewitterregen und größtenteils schwacher südlicher Wind. Nachher anflutend und etwas kühl.

